

# Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0039/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat IV/51	Datum 03.01.2011	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Entscheidung	26.01.2011	Ö

## Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1744/2010 SPD und Bündnis 90/Die Grünen Ortsbeirat Mainz-Neustadt  
hier: Gelder für die Soziale Stadt dürfen nicht gekürzt werden

Mainz, 10.01.2011

gez. Merkator

Kurt Merkator  
Beigeordneter

## Beschlussvorschlag:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag ist damit erledigt.

## **Sachverhalt**

Die Stadt Mainz hat mit großer Sorge die Entscheidung der Bundesregierung, die Mittel für das Bund-Länderprogramm Soziale Stadt radikal zu kürzen, zur Kenntnis genommen. Sollte die Kürzung der Finanzmittel über die Länder auch so an die Kommunen in die Quartiere weitergeleitet werden, hätte dies massive Auswirkungen auf die in den Quartieren geleistete Arbeit zur Folge.

Die Stadt Mainz hat ihre massiven Bedenken zu den Sparplänen bereits im Deutschen Städtetag geäußert und gemeinsam mit anderen Städten diese der Bundesregierung gegenüber artikuliert.

Darüber hinaus hat der Oberbürgermeister der Stadt Mainz mit Schreiben vom November 2010 dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herrn Dr. Ramsauer mitgeteilt, wie massiv die beabsichtigte Kürzung der Bundesmittel die Umsetzung des Programms in der Landeshauptstadt gefährden. Dieses Schreiben ging in Kopie dem Ministerpräsidenten Herrn Beck und dem Innenminister Herrn Bruch zu.

Zudem hat der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung vom 25.11.2010 eine Resolution zum Erhalt der Sozialen Stadt in Mainz verabschiedet. Am 08.12.2010 hat sich der Stadtrat dieser Resolution angeschlossen und sie ebenfalls verabschiedet.